

Herausforderungen für Sicherheit und Frieden - Wo bleibt der Wandel durch Annäherung?

Festliche Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille 2020 für Otfried Nassauer

am Sonntag, 12. Dezember 2021, GRIPS Theater, Berlin

Ich danke für die Einladung, zur Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille für Otfried Nassauer ein paar einleitende Worte sagen zu dürfen.

Die Pandemie macht diese Preisverleihung erst jetzt möglich. Natürlich leidet dieser Festakt daran, dass Otfried Nassauer hier und heute fehlt. Er war ein guter Kollege, Freund und extrem wichtig für die kleine Szene in Sachen Außen- und Friedenspolitik in der Hauptstadt. Die Gründung von BITS, dem „Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit“ 1991 war dringend notwendig. Ich hoffe, dass die, die dort gearbeitet haben, Otfrieds Arbeit fortsetzen können, wo und wie auch immer.

Jahrelang hat Otfried als profilierter Militärexperte und Friedensforscher unermüdlich in Namensbeiträgen, Interviews und Analysen für Zeitungen und Fernsehen die Öffentlichkeit beliefert. Man muss das erst einmal unter einen Hut bringen: Friedensforschung und Militärtechnik. Vielleicht muss man dazu, so wie er, Theologie studiert haben.

Wir kannten uns aus seiner Hamburger Zeit. Da sah seine Wohnung nicht viel anders aus als das Büro in Berlin: vollgestopft mit Papier. Ihm machte es einfach Spaß, Informationen aus allen möglichen Quellen zu beschaffen und die wahren Fakten und Interessen offenzulegen. Das ist etwas, was heute fehlt oder im weißen Rauschen der vielen Kanäle im Alltag untergeht.

Unkonventionell und direkt redete er mit Friedensgruppen, Parteisoldaten ebenso wie mit dem Militär oder Politikern. Sein Buch „Satansfaust“, das er zusammen mit Siegfried Fischer verfasst hatte, deckte das „nukleare Erbe der Sowjetunion“ auf. Seine Analysen über die Nuklearbewaffnung in Europa, zu Kleinwaffen und Rüstungsexporten waren unverzichtbar. Er war ein aufdeckender Journalist, ein Sammler von schwer zugänglichen Informationen und ein Sparringspartner für an Sicherheitspolitik Interessierte, insbesondere wenn es um Abrüstung, Rüstungskontrolle und Rüstungsexporte ging. In Berlin wurden seine gesammelten Informationen gerne verwertet, häufig ohne ihn beim Namen zu nennen. Oft fehlte ihm das einschränkende Struktur und Systematik des Wissenschaftlers, aber dafür wurden seine Be-

richte eben auch gelesen, waren tagesaktuell und treffend. Wenn man ON und seinen Arbeitsstil kannte, wusste man, dass es ihm um das Thema, die Sache, den Frieden ging nicht um seine Gesundheit oder sein Fortkommen. Davon zu leben war nicht leicht und ist nur damit zu erklären, dass er ein Gesinnungstäter, ein Aufklärer für Frieden war. Er reiht sich damit gut in die Folge der Preisträger und allen voran in das Erbe von Carl-von-Ossiezky ein. Ich gratuliere zu der nachfolgenden Ehrung und spreche all denen Mut zu, die sein Wirken fortsetzen werden.

Aber meine Aufgabe ist nicht in erster Linie über Otfried zu sprechen, sondern über die Herausforderungen für Sicherheit und Frieden heute.

Ich kann nicht in Anspruch nehmen, hier einen konsistenten Gesamtüberblick präsentieren zu können, und als Physiker neigt man da eher zum Ausblenden von wichtigen Faktoren wie Ökonomie und Ökologie. Auch ist in einer durch die Kommunikationsmedien immer stärker vernetzten Welt klar, dass viele Variablen schwer bestimmbar sind. „Voraussagen sind sehr schwierig - besonders über die Zukunft.“ (Niels Bohr). Meine Erfahrungen beziehen sich auf die „Pugwash Conferences on Science and World Affairs“, eine Konferenz von Wissenschaftlern und Experten auf der Grundlage von Track Two Diplomacy.¹

Offensichtliche Determinanten sind heute jedoch die oftmalige Koppelung von Innen- und Außenpolitik. Dazu gehört sowohl die Stabilität der demokratischen Systeme, die richtigen Antworten auf den Klimawandel, die sozialen Ungerechtigkeiten insbesondere in Bezug auf die Dritte Welt als auch die fälschliche Annahme, die Welt habe den Zustand liberalen Regierens bereits erreicht.

Alle werden zustimmen: Weltordnung wandelt sich, aber wohin? Die USA ist nicht mehr die dominierende Weltmacht. Die internationalen Beziehungen sind volatiler, unvorhersehbarer und komplexer als in den letzten 30 Jahren also seit dem Fall der Mauer.² Die Bindekraft von völkerrechtlichen Normen und Institutionen erodiert sichtbar. Der ökonomische und technologische Wettbewerb zwischen den USA und China verschärft sich und ist längst auch auf den militärischen und technologischen Sektor übergesprungen. Stichworte sind hier Überschallwaffen, Künstliche Intelligenz oder Cyberangriffe. Die Konkurrenz um Position und Ein-

¹ Pugwash Conferences on Science and World Affairs. www.pugwash.org

² Siehe dazu: Götz Neuneck: Neues atomares Wettrüsten ? Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung am Scheideweg, Wissenschaft und Frieden Vol.39 (2) Mai 2021 S. 9-11.

fluss in der künftigen Weltordnung zwischen den USA, China und Russland hat begonnen. Domänen wie die Arktis, die Cybersphäre oder der Weltraum werden hiervon nicht ausgenommen. Sanktionen, hybride Kriegsführung und Cyberoperationen sind zu neuen Instrumenten der Außenpolitik geworden. Die USA geben dreimal so viel Geld für ihr Militär aus wie ihre Rivalen China und Russland zusammen, bleiben militärische Weltmacht und konzentrieren sich zuallererst auf den ökonomischen und technologischen Wettbewerb mit China, das sein Militärbudget in der letzten Dekade verdoppelt hat und insbesondere regional militärisch aktiv wird. Die aufstrebende Macht setzt aber auch mit seiner »Belt and Road Initiative« global Akzente bis hin nach Afrika.

Russland möchte mit seiner nuklearen Erneuerung insbesondere militärisch punkten und ist auch im Mittleren Osten (z.B. Syrien) oder im Kaukasus militärisch tätig. Die NATO, das stärkste Militärbündnis der Welt, verkündet stolz, dass ihre Militärausgaben das sechste Jahr in Folge wachsen, und die Europäische Union strebt nach »strategischer Autonomie«. Sie wird immer stärker in den Wettbewerb zwischen China und den USA hineingezogen, ohne bisher überzeugende Antworten zu finden. Staaten wie die Türkei und Saudi-Arabien sind in lokale Kriege verwickelt. Mit der Abwahl von Trump ist zwar die Hoffnung verbunden, dass die neue Biden-Administration Völkerrecht und den »liberalen Multilateralismus« wieder stärkt sowie Rüstungskontrolle (New-START), Nichtverbreitung (NVV, Iran-Abkommen JC-PoA) aktiv wiederbelebt, aber konkrete Resultate sind bisher ausgeblieben. Die Zukunft der Weltmacht USA ist weiter offen. Schon die nächsten Wahlen können das Trump-Gespenst wiedererwecken. Und der hektische Abzug aus Afghanistan und die aktuelle Krise um die Ukraine finden ohne Dazutun der Europäer statt.

Die Menschheit ist drei globalen Gefahren ausgesetzt: Dem unbewältigten Klimawandel, tödlichen Pandemien und einem globalen Atomkrieg. Andere Probleme globalen Ausmaßes bedrängen uns: Bevölkerungswachstum, Hunger, Umweltgefahren.

Krieg wird wieder aktiv geplant. Der Versuch Kriege zu überwinden, ist in Vergessenheit geraten. Ossietzky hatte 1913 bemerkt: „Der Kriegsgott lebt im Überfluss. Er braucht kaum mehr zu fordern. Alles fliegt ihm zu.“ Leider bewahrheitet sich das jetzt auch wieder. Ziemlich genau vor 50 Jahren sagte ein von Ossietzky Inspirierter mit Namen Willy Brandt: „Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht darum, Kriege abzuschaffen, nicht nur, sie zu begrenzen. Kein nationales Interesse lässt sich heute noch von der Gesamtverantwortung für

den Frieden trennen...Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio. Auch wenn das noch nicht allgemeine Einsicht ist: Ich begreife eine Politik für den Frieden als die wahre Realpolitik dieser Epoche“.³

Folgende Faktoren müssen insbesondere angesprochen werden:

1 Ein neues Wettrüsten hat begonnen; die nuklearen Gefahren sind größer denn je:

Prominente Stimmen aus der Politik verweisen darauf, dass die nuklearen Kriegsgefahren größer sind als während des Kalten Krieges, mit potenziell drastischen Folgen. Die Doomsday Uhr wurde vom Bulletin of the Atomic Scientists auf 100 Sekunden vor 12 gestellt mit der Begründung, „die internationale Sicherheitslage sei jetzt gefährlicher denn je“. Die militärische Nukleartechnologie ist die einzige Technologie, die die Menschheit so wie wir sie kennen in der heutigen Form in 24 Stunden abschaffen kann. Würde nur ein Prozent des militärischen Nukleararsenals in Städten zum Einsatz kommen, hätte dies neben den unmittelbaren katastrophalen regionalen Konsequenzen auch unabsehbare globale Folgen für Klima, Ernährung und Umwelt. Ich will sie nicht mit Details langweilen. Neben einem bewussten Einsatz gibt es auch die Möglichkeit einer Fehlkalkulation, durch einen Unfall oder aus Versehen. Eingesetzt worden sind Nuklearwaffen seit Hiroshima nicht, aber gerade das wiegt uns in Sicherheit. Aber dies ist eine illusionäre Sicherheit. Ca. 8 Mrd Menschen leben in Anwesenheit von ca. 13.000 Nuklearwaffen im Besitz von neun Nuklearwaffenstaaten; und die denken nicht daran abzurüsten.

Stattdessen wachsen die Militärhaushalte, neue Waffensysteme werden angekündigt und getestet und ein neuer Rüstungswettbewerb zeichnet sich ab.

Rüstungsausgaben: Der chinesische Militärhaushalt hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt. Die USA gaben 2020 weitaus mehr aus wie Russland und China zusammen. Die NATO verzeichnet einen Anstieg von fast 4% von 2019 auf 2020. Die USA bleiben der größte Exporteur und erhöhten ihren weltweiten Anteil auf 37%. Sie exportierten in 96 Staaten, die Hälfte davon in den Nahen Osten. Platz 2 nimmt Russland ein. Der größte Teil landet in Kriegs- und Krisengebieten.

³ Vortrag des Bundeskanzlers Willy Brandt am 11. Dezember 1971 in Oslo anlässlich der Verleihung des Friedens-Nobelpreises 1971. <https://www.nobelprize.org/prizes/peace/1971/brandt/26047-willy-brandt-nobelvorlesung/>

Neue Waffensysteme: Ein Beispiel in Richtung Kriegsführungsoptionen ist die Entwicklung, z.B. von neuen nuklear bestückbaren Marschflugkörpern und zielgenauen ballistischen Raketen mit kleiner Sprengladung (low-yield nuclear weapons). Die Kündigung des INF-Vertrages kann zu einem Wettrüsten von neuen Mittelstreckensystemen gerade in und um Europa aber auch in Asien führen. Solch ein Stationierungswettkampf wie in den 1980er Jahren sollte unter allen Umständen verhindert werden, denn er würde seinerseits die Debatte um die Raketenabwehr neu entfachen.

Die Ankündigung Großbritanniens vom 16. März 2021, im Rahmen seiner außenpolitischen Neuorientierung »Global Britain« die Obergrenze seines Nuklearpotenzials um 44% von 180 auf 260 Sprengkräfte zu erhöhen und seine Nukleardoktrin zu revidieren, verkompliziert die Abrüstungsdebatte, entfernt sich damit doch ein Nuklearwaffenstaat sichtbar von dem im Nichtverbreitungsregime akzeptierten Ziel, die nuklearwaffenfreie Welt anzustreben.

Die nukleare Aufrüstung Chinas wird als Herausforderung der USA und der NATO dargestellt, ohne dass konkrete Zahlen bestätigt sind. Man spricht von einer Vervierfachung der Sprengköpfe bis 2030. Hyperschalltests finden ebenso statt wie ein lenkbarer Sprengkopftest, den das chinesische Militär einmal um die Erde steuerte. Ich will hier nicht ins Detail gehen, aber Otfried Nassauer hätte sicher seinen Spaß daran, neue Details auszugraben zu diskutieren.

2 Sicher geglaubte Rüstungskontrollverträge werden abgeschafft und die Architektur der Rüstungskontrolle befindet sich in einer Krise

Für Europa zentrale Rüstungskontrollverträge wie der INF-Vertrag oder das Open-Skies Abkommen wurden fahrlässig gekündigt. Das zeigt die Grenzen der klassischen Rüstungskontrolle auf, die am Ende des Kalten Krieges so erfolgreich hohe Waffenstände verringert, eine Verifikationskultur geschaffen und konkret zur Risikoreduzierung beigetragen hatte.

Die Krise der Rüstungskontrolle wurde im Wesentlichen durch Lethargie, Unkenntnis und die geschichtliche Kurzsichtigkeit von Führungseliten ausgelöst. Ihr „ordnungspolitischer Wert ist nicht mehr anerkannt bzw. geschätzt“⁴ und so werden zentrale Institutionen und Regelungen der Rüstungskontrolle sich selbst überlassen oder erodieren. Die dafür vorgebrachten

⁴ Staack, Michael (2019): Mythos „Rüstungskontrolle ist nicht mehr zeitgemäß“. Die Friedenswarte 92(3/4), S. 173-177.

Argumente sind: Zunahme der Akteure, Vertragsverletzungen der Gegenseite und die regionale Komplexität der Bedrohungslagen. Auch besteht die Tendenz, die wahrgenommene Bedrohung technologisch zu lösen. Ein Offensiv-Defensiv-Wettrüsten ist die Folge. Übersehen wird, dass nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung eine Überlebensfrage der Menschheit sind. Die nächsten Jahre werden entscheiden, ob eine Revitalisierung der Abrüstung gelingt und ob Rüstungskontrolle ein „unverzichtbares Instrument internationaler Ordnungspolitik“ bleibt.

Die Verlängerung des New-START-Vertrages nach dem Amtswechsel in Washington schenkt den beiden führenden Atommächten etwas Zeit, einen Nachfolgevertrag zur Reduzierung der strategischen Nukleararsenale auszuhandeln. Mit dem Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) am 22. Januar 2021 sind große Hoffnungen auf eine weitere Delegitimierung der Nuklearwaffen verbunden.

Leider ist der Umfassende Teststoppvertrag (CTBT) immer noch nicht in Kraft, das sich entscheidende Staaten wie die USA und China weigern den Vertrag zu ratifizieren. Die Überprüfungskonferenz für den Nichtverbreitungsvertrag (NPT Review Conference) wird in Januar unter großem Druck stehen. Die etablierten Nuklearwaffenstaaten halten sich nicht mehr an den Artikel VI des Vertrages und das Iran-Abkommen haben die USA verlassen ohne ihrerseits ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Die konventionelle Rüstungskontrolle ist entscheidend blockiert, könnte aber mit entsprechendem politischen Willen erneuert werden.

3 Eine Wiederbelebung von Rüstungskontrolle und Abrüstung ist dringend notwendig

Es ist an der Zeit, Abrüstung und Rüstungskontrollregime zu stärken, denn die Geschichte der Rüstungskontrolle zeigt, welche großen Abrüstungserfolge möglich sind. Dazu braucht es jedoch weniger einseitige Rüstung und Hybris der verantwortlichen Politik allerorts, sondern energisches, kooperatives Handeln, bei dem sich auch das Rüstungsverhalten des Gegners ändert. Erfolgreiche Rüstungskontrolle trägt unmittelbar zur Eskalationskontrolle, Konfliktlösung und Kriegsverhütung bei. Sie schafft Berechenbarkeit, verändert politische Beziehungen und ermöglicht weitere Abrüstung. Dies verlangt hohe politische Aufmerksamkeit, Reziprozität zwischen den Akteuren gegenüber, ein Minimalverständnis für den Verhandlungspartner und ressortübergreifende Expertise.

Die Verlängerung des New-START-Vertrages ermöglicht den Beginn eines kontinuierlichen Dialogs zur strategischen Stabilität zwischen den beiden Supermächten USA und Russland. Dies findet vor dem Hintergrund fortgesetzter Sanktionen gegen Russland und einem an Rüstungskontrolle kaum interessierten US-Kongress statt. Dennoch sind Verhandlungen für ein Nachfolgeregime New-START II notwendig, denn es müssen geerbte Probleme des New-START Regimes aber auch diverse neue und komplexe Probleme gelöst werden. Diese reichen von der weiterhin von Russland kritisierten strategischen Raketenabwehr über neue Trägersysteme, wie Hyperschallflugkörper, nuklearbestückte Marschflugkörper oder Unterwassertorpedos, bis hin zu Fragen neuer disruptiver Zukunftstechnologien aus den Bereichen Cybersphäre, Weltraum und Künstlicher Intelligenz, die eine strategische Wirkung entfalten könnten. Die Bedrohung durch Präzisionsangriffe mittels konventionell bestückter Trägersysteme («Prompt Global Strike») für einen Erstschlag stellen eine weitere zu regelnde Problematik dar.

Diese Faktoren werden nicht auf einmal gelöst werden können; deshalb ist ein kontinuierlicher Dialog zwischen den USA und Russland nötig, an dem aber auch die anderen Nuklearmächte beteiligt werden sollten, um ein möglichst umfassendes Kontrollregime zu schaffen. Dies betrifft vor allem China. Der ständig wiederholte Ruf in den USA, auch das Arsenal Chinas einzubeziehen, ist insofern berechtigt, als die Zahl der Atomsprenköpfe und das geplante Maximum des chinesischen Arsenal nicht bekannt sind und z.B. der Aufbau von ballistischen Mittelstreckensystemen im Indo-Pazifik drastisch zunimmt. Unbedachte Forderungen nach trilateraler Rüstungskontrolle verkennen aber die ungelösten Probleme multilateraler Abschreckung, z.B. wie strategische Stabilität zwischen drei Partnern überhaupt funktionieren kann.

Vorschläge für künftige Regelungen sind genug vorhanden; man schaue nur auf die Arbeit und die Vorschläge der trilateralen Deep Cuts Commission oder Arbeiten zur konventionellen Rüstungskontrolle:⁵

Eine deklaratorische »No-First-Use«-Regel aller Nuklearmächte wäre ein wichtiger Schritt hin zur Begrenzung vorhandener Arsenale, die heute eher eine deutliche Kehrtwende in Rich-

⁵ Wolfgang Zellner; Pifer, S.; Olikier, O. (2020): A little of the old, a little of the new : A fresh approach to conventional arms control (CAC) in Europe, Deep Cuts Issue Brief #11, 2021 und Wolfgang Richter (2019): Erneuerung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Vom Gleichgewicht der Blöcke zur regionalen Stabilität in der Krise. SWP-Studie, July 2019.

tung nuklearer Kriegsführung zeigen. Biden hat als U.S. Vize-Präsident 2017 eine »No-First-Use«-Erklärung ins Spiel gebracht und Präsident Putin hat 2020 erklärt, dass Russland Nuklearwaffen nur bei einem Nuklearwaffeneinsatz gegen Russland einsetzen werde. Ein erster vertrauensbildender Schritt hin zu einer solchen Regelung wäre zunächst ein Moratorium für die Stationierung von neuen nuklearbestückten Trägersystemen in Europa zwischen der NATO und Russland. Mögliche Maßnahmen zur Deklaration von INF-relevanten Systemen und die Überprüfung und Verifikation der Einhaltung von deren Nichtstationierung könnten zwischen Russland und der NATO diskutiert und implementiert werden. Die konventionelle und die humanitäre Rüstungskontrolle sind mit den Themenbereichen nuklearer Rüstungskontrolle verbunden und bedürfen dringend der Erneuerung. Vorschläge dazu liegen vor. Sowohl die Wiener Dokumente im Rahmen der OSZE als auch die NATO-Russland Grundlagenakte bieten ein Potenzial dazu, werden aber weitgehend links liegengelassen.

Ein möglicher Ansatz für künftige nukleare Rüstungskontrolle wäre die stärkere Hinwendung zur Verifikation des Abzuges, der Lagerung und der Zerlegung vertragskonform abzurüstender Nuklearsprengköpfe auch im Rahmen eines völkerrechtsverbindlichen Regimes.

Der AVV ist eine ernste Erinnerung einer großen Zahl von Staaten, der im NVV-Vertrag vor über 50 Jahren festgeschriebenen Abrüstungsverpflichtung der Präambel und des Artikel 6 gerecht zu werden. Völkerrechtlich ist der Vertrag von großer Bedeutung, und er stärkt das Tabu eines Einsatzes von Nuklearwaffen. Die Bundesregierung sollte ihre ablehnende Haltung gegenüber dem AVV aufgeben und auf die Befürworter*innen des AVV zugehen. Sie will nun laut Koalitionsvertrag am Treffen der Vertragsstaaten im kommenden Jahr als Beobachterstaat teilnehmen oder einen Workshop zur Verifikation der Denuklearisierung abhalten.

Der Koalitionsvertrag der neuen Ampelregierung beinhaltet hoffnungsvolle Signale für eine neue Initiative für Abrüstung und Rüstungskontrolle:⁶

- 1 Der Beobachterstatus bei AVV ist ein guter Anfang, muss aber in der NATO abgesichert werden, sonst wird er kaum funktionieren. Die Nuklearwaffenstaaten können den AVV und seine wachsende Zahl von Mitgliedern nicht einfach links liegen lassen.

⁶ Stellungnahme des Vorstandes des Willy-Brandt-Kreises zum außenpolitischen Teil des Koalitionsvertrages, 1. Dezember 2021 http://www.willy-brandt-kreis.de/pdf_21/Stellungnahme-WBK-Koalitionsvertrag.pdf

- 2 Die Stärkung der B-Waffen und C-Waffe-Konventionen (B/CWK) ist ebenso zu begrüßen wie die Ächtung von LAWS international voranzutreiben. Chemiewaffen wurden im Syrienkrieg und auch zur Vergiftung von Opponenten eingesetzt. Neue wissenschaftliche Entwicklungen müssen in die Regime einbezogen werden.
- 3 Der Abzug der substrategischen Nuklearwaffen aus Europa muss zentral angegangen werden. Eine Neubeschaffung von nuklearbestückten Trägersystemen ist dann nicht mehr nötig.
- 4 Ein nationales Rüstungsexportregime muss schnell umgesetzt und die Harmonisierung in der EU vorangetrieben werden.

Das aktuelle Säbelrasseln um die Ukraine ist höchst besorgniserregend. Einseitig auf die Truppenansammlungen Russlands an der Grenze zu verweisen verkennt aber sowohl die Fehler der Vergangenheit als auch die strukturellen Probleme im Verhältnis der NATO zu Russland. Ich habe hier keine Zeit, darauf einzeln einzugehen, aber es ist klar, dass eine Eskalationsspirale zwischen Russland, der Ukraine und der NATO durchbrochen werden muss. Eine Gruppe von 27 Ex-Diplomaten und Wissenschaftlern hat dazu vier Schritte vorgeschlagen: (1) eine gut vorbereitete Konferenz, die auf der Grundlage der fortbestehenden Gültigkeit der Helsinki-Schlussakte von 1975, der Charta von Paris von 1990 und der Budapester Vereinbarung von 1994, aber ohne Vorbedingungen und in unterschiedlichen Formaten und auf verschiedenen Ebenen über das Ziel einer Revitalisierung der europäischen Sicherheitsarchitektur berät. (2) Solange diese Konferenz tagt, sollte auf jede militärische Eskalation auf beiden Seiten verzichtet werden. Der Verzicht auf eine Stationierung von zusätzlichen Truppen und die Errichtung von Infrastruktur auf beiden Seiten der Grenze der Russischen Föderation zu ihren westlichen Nachbarn ebenso wie die vollständige beiderseitige Transparenz bei Militärmanövern sollten vereinbart werden. (3) Der NATO-Russland-Dialog sollte auf politischer und militärischer Ebene ohne Konditionen wiederbelebt werden. Dazu zählt auch ein Neuansatz für die europäische Rüstungskontrolle. (4) Es sollte trotz der derzeitigen Lage über weitergehende ökonomische Kooperationsangebote nachgedacht werden.⁷

Wandel durch Annäherung war einst das Thema einer bahnbrechenden Rede von Egon Bahr 1963. Wandel heraus aus der Eskalationsspirale ist möglich, wenn man die Motive, histori-

⁷ Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland. Aufruf von 27 Ex-generälen, Ex-Diplomaten und Wissenschaftlern, 5. Dezember 2021. <https://www.gsp-sipo.de/news/news-details/aufruf-zur-verbesserung-der-beziehungen-zu-russland>

schen Erfahrungen und Interessen des vermeintlichen Gegners ernst nimmt. Annäherung ist nur durch Kooperation und das Eingehen auf den vermeintlichen Gegner zu erreichen.

Es genügt nicht, Friedensabsichten in Reden zu bekunden, sondern die politisch Verantwortlichen müssen sich proaktiv, gut vorbereitet, abgestimmt und kenntnisreich um die Organisation des Friedens bemühen. Otfried Nassauers Wirken hatte daran seinen Anteil, seine Hintergrundinformationen und unkonventionellen Impulse fehlen uns. Mögen andere sein Wirken erfolgreich fortsetzen. Vielen Dank.